



**Sperrfrist:
24.11.2013, 15.00 Uhr**

REDE

Michael Sommer

DGB-Vorsitzender

6. Außerordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall
am 24./25. November 2013 in Frankfurt am Main

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Delegierte,
Lieber Berthold, lieber Detlef,

liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, Euch die Grüße des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften zu Eurem 6. Außerordentlichen Gewerkschaftstag überbringen zu dürfen.

Ihr, die gesamte IG Metall, könnt stolz darauf sein, was Ihr in den vergangenen Jahren erreicht habt. Ihr habt einen wesentlichen Anteil daran, dass die Gewerkschaften heute wieder zu Recht sagen können:

- wir sind in der Lage, die Themen in unseren Organisationsbereichen zu bestimmen,
- wir können erfolgreich die Interessen unserer Mitglieder wahren und
- gleichzeitig auch in unserer Gesellschaft politisch und ökonomisch wirksam werden.

Ihr seid ein starkes Triebwerk unserer Bewegung.

Wir alle wissen, Eure Stärke in den Betrieben, die Durchsetzungsfähigkeit Eurer Betriebsräte, Eure Kampagnenfähigkeit, vor allem aber Eure Tarifmacht stärkt auch uns, die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung.

Vor allem aber habt Ihr den Gedanken erfolgreich wiederbelebt, dass unsere gesellschaftspolitische, tarifpolitische und betriebspolitische Handlungsfähigkeit um so größer ist, je stärker wir in den Betrieben verankert sind und je mehr Mitglieder wir haben.

Gerade in diesem Punkt wart Ihr Vorreiter und ich bin dankbar dafür, dass Euer Beispiel auf alle Gewerkschaften ausgestrahlt hat und wir die Frage der Mitgliedergewinnung und der Mitgliederpflege noch stärker in den Mittelpunkt unserer Arbeit gerückt haben.

Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund, also das gemeinsame Dach der deutschen Gewerkschaften, hat sich gewandelt.

Ich erinnere mich noch sehr genau, als im Februar 2008 Eure Gewerkschaft die Frage aufwarf, ob der Dachverband noch seinen Aufgaben gerecht wird.

Damit habt Ihr den Startschuss für die DGB-Reform 2010 gegeben. Wir haben uns in den Städten und Landkreisen neu aufgestellt, unsere Organisation gestrafft und wir konzentrieren uns darauf, beides zu sein: Eine gemeinsame Serviceeinrichtung unserer Mitgliedsgewerkschaften – nicht zuletzt im Rechtsschutz – vor allem aber der gemeinsame politische Arm der Gewerkschaften in den kommunalen Körperschaften, in den Bundesländern, im Bund, aber auch in Europa und in der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

So konnten wir uns auf unsere zentralen Aufgaben konzentrieren und die Gewerkschaften als Organisation der Arbeit profilieren.

Wir sind nicht irgendein Verein zur Verbesserung der Welt.
Wir sind nicht eine x-beliebige NGO, wir sind auch nicht irgendein Sozialverband.

Wir sind nicht mehr und nicht weniger als die Interessenvertretung der Arbeit.

Wir sind auch keine Partei, die sich um jedes Politikfeld kümmern muss.

Unsere Stärke entsteht aus der Konzentration auf und unserer Kompetenz in allen Fragen der Arbeit. Daraus erwächst unsere Kraft. Unsere Kampfkraft, unsere Fähigkeit zum Schutz und zur Gestaltung. Und nicht zuletzt sind wir Einheitsgewerkschaft. Parteipolitisch unabhängig, aber nicht politisch neutral.

Bei uns können und sollen alle mitmachen, die

- die gemeinsamen Interessen der Arbeitnehmerschaft vertreten wollen,
- die wissen, dass sie ihre eigenen Anliegen als Arbeitnehmer nur in Gemeinsamkeit mit anderen durchsetzen können,
- die sich Demokratie und Freiheit verpflichtet fühlen
- und sich zu den Grundgedanken von Toleranz und Solidarität bekennen.

Kolleginnen und Kollegen,

- die Stärke im Betrieb,
 - die schlichte Wahrheit, dass wir umso erfolgreicher sind, je mehr Mitglieder wir haben,
 - die Konzentration der Kräfte,
 - die Verbesserung der Kampagnenfähigkeit der Gewerkschaften und
 - die Einhaltung der Prinzipien der Einheitsgewerkschaft in Theorie und Praxis,
- das sind die wichtigen, ja die zentralen Garanten einer erfolgreichen Gewerkschaftspolitik.

Sie sind Voraussetzung dafür, die Zukunft zu gestalten und Gerechtigkeit zu schaffen.

Kolleginnen und Kollegen,

vor zehn Jahren galten die Gewerkschaften in diesem Land als ewig gestrig, als Verlierer der Globalisierung, als Überbleibsel eines untergehenden Industriezeitalters.

Und tatsächlich, wir hatten Probleme. Wir hatten interne Probleme aufgrund der Auswirkungen der Massenarbeitslosigkeit. Wir hatten Probleme, weil sich der neoliberale Zeitgeist bei Freunden und Bündnispartnern immer breiter machte, weil sich die Unternehmerpropaganda vom nicht-wettbewerbsfähigen Standort Deutschland, von zu hohen Löhnen, vor allem zu hohen Lohn-

Nebenkosten und von einem nicht mehr finanzierbaren Sozialstaat politisch immer stärker durchsetzte.

Diese Entwicklung begann sicherlich nicht erst in diesem Jahrtausend. Das begann schon mit der geistig-moralischen Wende der 80er und 90er Jahre, fand aber in der Agenda 2010 ihren Höhepunkt. Die politischen, sozialen und ökonomischen Folgen sind allgemein bekannt.

Und auch wir in der DGB-Familie hatten zugegebenermaßen Schwierigkeiten, uns auf diese Herausforderungen strategisch neu einzustellen.

Zu unterschiedlich entwickelte sich die Situation in den einzelnen Branchen, zu sehr drückte das Auseinanderklaffen von florierendem Exportsektor und ausbeutungsintensivem Dienstleistungssektor.

Die stolzen deutschen Gewerkschaften mussten sich mit einem zentralen Problem herumschlagen: Einerseits wollten und mussten wir unser stärkstes Mittel, unsere Kernkompetenz, nämlich die Tarifpolitik absichern. Andererseits mussten wir in den Bereichen wirksam werden, in denen sich aufgrund von Arbeitgeberverhalten, mangelnder Organisationskraft und politischer Schützenhilfe Armutslöhne ausdehnten wie ein Krebsgeschwür.

Und nicht zuletzt haben wir doch den Zangenangriff auf unsere Rechte erlebt. Von unten drückte frühkapitalistische Ausbeutung, also die massive Ausweitung prekärer Arbeit und des Niedriglohnsektors. Von oben wurde und wird versucht, unsere Tarifkraft massiv einzuschränken, und zwar durch die Flucht aus den Arbeitgeberverbänden, die Verweigerung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen, aber auch durch immer mehr Scheinselbstständigkeit und den massenhaften Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen.

Wir haben einige Zeit gebraucht, um unsere Strategie weiter zu entwickeln und dies in Einigkeit zwischen den Gewerkschaften, was auch nicht immer eine Selbstverständlichkeit ist. Dabei sind wir dem neoliberalen Zeitgeist nicht auf den Leim gegangen, sondern wir haben erfolgreich daran gearbeitet, diesen Zeitgeist zu drehen.

Wir haben dem Zangenangriff auf unsere Rechte zwei zentrale Ziele entgegen gesetzt:

Zum einen kämpfen wir für die Eindämmung prekärer Beschäftigung und für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 die Stunde, um den Absturz von Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Arbeitsarmut zu stoppen.

Zum anderen müssen wir die Tarifkraft der Gewerkschaften und die Tarifautonomie stärken und schützen. Beides zusammen genommen ist der Kern einer neuen Ordnung der Arbeit.

Ob es jetzt gelingt, hier einen politischen Durchbruch zu erzielen, wissen wir alle noch nicht. Ich bin mir sicher, dass der SPD-Vorsitzende nach mir und die Bundeskanzlerin morgen Vormittag einiges dazu sagen werden.

Seht es mir bitte nach: Ich halte es für zu früh, das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen heute aus unserer Sicht zu bewerten. Das wird der Bundesvorstand des DGB in einer Sondersitzung am 27. November tun. Ich will nur soviel sagen: Bewertungsmaßstab sind ausschließlich die Ziele, die wir uns seit einigen Jahren setzen und die wir bis zum heutigen Tag gemeinsam formulieren: „Gute Arbeit“, „Sichere Altersversorgung“, ein „Soziales Europa“ und ein „Handlungsfähiger Sozialstaat“. Es war richtig, sich auf diese Themen zu konzentrieren.

Es ist doch kein Zufall, dass genau diese Fragen und unsere Antworten darauf den Wahlkampf geprägt haben. Und vieles davon ist jetzt auch Gegenstand der Koalitionsverhandlungen.

— Verehrte Delegierte,

wir wissen, dass wir bei vielen Themen noch nicht die Meinungsführerschaft erobert haben. Beim Thema Arbeit sind wir sicherlich am weitesten. Beim Punkt der finanziellen Handlungsfähigkeit unseres Sozialstaates stoßen wir nach wie vor auf die größten Widerstände. Und machen wir uns nichts vor: Auch in europapolitischen Fragen sind wir noch lange nicht durch.

— So richtig es war und ist, für ein soziales Europa zu kämpfen, den Euro als gemeinsame Währung zu verteidigen und unser Europa vor Spekulantentum und Marktradikalismus zu schützen, so sehr wissen wir, wie wenig wir bislang mit unseren Vorstellungen politisch durchgedrungen sind.

Aber: Wenn wir verhindern wollen, dass dieses Europa sozial und politisch zerbricht, wenn wir verhindern wollen, dass in vielen Ländern Europas durch die unglaublich hohe Jugendarbeitslosigkeit eine Generation ohne Hoffnung heranwächst, wenn wir es schaffen wollen, dass dieses Europa ökonomisch, politisch und sozial eine starke Rolle im Prozess der Globalisierung spielt, dann müssen wir gemeinsam unsere Initiativen für eine andere, eine bessere Europapolitik verstärken.

Und auch in der Rentenpolitik wissen wir doch, was unsere Kolleginnen und Kollegen wollen: Wir mahnen deutliche Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente, die Vollrente nach 45 Versicherungsjahren und dem 63. Lebensjahr, den Schutz vor Altersarmut durch eine wirksame Solidarrente und nicht zuletzt eine Sicherung des Rentenniveaus an.

Wir wissen uns dabei auf der sicheren Seite. All diese Forderungen werden von der Mehrheit der Bevölkerung für richtig gehalten. Vor allem aber, all diese Forderungen finden breite Unterstützung in unserer Mitgliedschaft, wie auch das Ergebnis Eurer Beschäftigtenbefragung bewiesen hat.

514.000 Beschäftigte aus der Metall- und Elektroindustrie haben deutlich gemacht, was sie wollen. Arbeit: Sicher und fair.

Ich bin davon überzeugt, dass nicht nur die Beschäftigten in Euren Branchen dies zum Bewertungsmaßstab politischen Handelns machen,

sondern alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land und das unabhängig davon, wo sie ihre parteipolitischen Prioritäten setzen.

Die potentiellen Koalitionäre wären gut beraten, dies auch in der Endphase ihrer Verhandlungen im Blick zu halten. Eine Große Koalition hat aus unserer Sicht nur dann Sinn, wenn sie tatsächlich auch Großes für rund 40 Millionen arbeitende Menschen in diesem Land bewirkt.

Kolleginnen und Kollegen,

zum Schluss: gestattet mir noch ein Wort des Abschieds und des Dankes an Bertold Huber.

Berthold und ich haben in den vergangenen gut 20 Jahren in den unterschiedlichsten Funktionen zusammen gearbeitet und wie das so ist in Großorganisationen: Mal gewinnt man, mal verliert man.

Was nur wenige wissen: Wir arbeiteten Mitte der 90er Jahre als Vorstandssekretäre unserer Gewerkschaften am Projekt einer Fusion von IG Metall und Postgewerkschaft. Es ist anders gekommen.

Später haben wir, jeder an seinem Platz, aber immer in engen Kontakt, manchmal durchaus streitig, aber stets solidarisch, gemeinsam dafür gearbeitet, die Gewerkschaftsbewegung durch schwieriges Fahrwasser zu steuern und ihre Zukunftsfähigkeit zu erhalten.

Berthold Huber war und ist eine bedeutsame Stimme nicht nur für die IG Metall, sondern auch in der deutschen, europäischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung. Wir waren und sind ihm dankbar und wir sind stolz auf diesen großen Gewerkschaftsführer.

Ich wünsche Euch und der von Euch neu zu wählenden Gewerkschaftsführung, ich wünsche Dir, lieber Detlef und Dir, lieber Jörg, allen Erfolg.

Verehrte Delegierte,
meine Damen und Herren,

das war übrigens meine letzte Rede auf einem IG Metall Gewerkschaftstag.

Ich danke Euch für Eure Unterstützung, auch für Eure Kritik und die stets solidarische Begleitung meiner Arbeit.

* * * * *